

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (17. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Kübler, Monika Ganseforth,
Dr. Liesel Hartenstein, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/3739 —**

Follow-up der UNCED-Konferenz Umwelt und Entwicklung

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, bestimmte näher bezeichnete Maßnahmen zur Ausfüllung und Fortführung der auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) Mitte Juni 1992 in Rio de Janeiro/Brasilien getroffenen Vereinbarungen zu ergreifen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Die Ausschlußmehrheit war der Auffassung, ein Teil der geforderten Maßnahmen habe sich durch das Vorgehen der Bundesregierung bereits erledigt. Mit anderen Punkten des Antrags stimme man zwar überein. Dem Gesamtantrag könne man aber nicht zustimmen, da man in einer Reihe weiterer Punkte anderer Auffassung sei.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/3739 abzulehnen.

Bonn, den 12. Mai 1993

Dr. Wolfgang von Geldern

Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Berichterstatter

Dr. Klaus Kübler

Berichterstatter

Gerhart Rudolf Baum

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Klaus W. Kübler und Gerhart Rudolf Baum

1. Die Vorlage wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben den Gesamtantrag jeweils mehrheitlich abgelehnt. Zu IV, Nummern 12 und 13 hat der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung einvernehmlich Zustimmung beschlossen.

2. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, sofort das Ratifizierungsverfahren zur Klima-Konvention einzuleiten, zur Vorbereitung der ersten Follow-up-Konferenz ein Vorbereitungskomitee einzurichten und eine Initiative für eine allgemeine Energiesteuer für nicht erneuerbare Energien zu ergreifen. Weiter soll ein umfassendes nationales Programm zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung aufgelegt werden, für das eine Vielzahl besonders wichtiger Einzelregelungen genannt werden.
3. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf seiner 54. Sitzung am 12. Mai 1993 beraten.

Von den Antragstellern wurde darauf hingewiesen, die mehrfach geführten Diskussionen zur

Konferenz Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahre 1992 sowie die daraus zu ziehenden Folgerungen zeigten, daß viele der im Antrag enthaltenen Vorschläge für Maßnahmen nicht strittig seien. So gebe es über die Notwendigkeit einer Nachfolgekonferenz keinen Dissens. Auch die geforderte Umweltpartnerschaft mit anderen Ländern bei der Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz von Rio de Janeiro könne keinen Streitpunkt bilden.

Vertreter der Koalitionsfraktionen betonten demgegenüber, man stimme zwar mit einer Reihe von Punkten des Antrags überein, bei anderen (z. B. Einleitung des Ratifizierungsverfahrens zur Klima-Konvention) habe sich der Antrag durch das Vorgehen der Bundesregierung erledigt. Schließlich könne man einer größeren Anzahl von Punkten im Antrag nicht zustimmen. So sei etwa zu fragen, wie man angesichts eines völlig liberalisierten europäischen Flugmarkts die geforderte Reduzierung von Kurz- und Mittelstreckenflügen erreichen wolle. Wenn hier Zustimmung von Seiten der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. erreicht werden solle, müßten diese Antragsteile völlig umgeschrieben werden. Dies wolle man aber nicht, weil man sich hinter die klaren Linien der Bundesregierung stelle.

Der Ausschuß beschließt mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen.

Bonn, den 8. Juni 1993

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Dr. Klaus Kübler

Gerhart Rudolf Baum

Berichterstatte

